

In Franken vom 21.2.2011

Quelle: <http://www.infranken.de/nachrichten/bayern/Haushalt-Bayern-koalition-fdp-csu-Staatsapparat-Milliardenlast-Staatsapparat-Regierung-ratlos;art179,132900>

Milliardenlast Staatsapparat - Regierung ratlos

Von: Carsten Hofer, dpa

Die CSU/FDP-Koalition steht vor einem großen Problem: Bayerns Staatsapparat wird zu teuer. Die Personalkosten steigen unaufhaltsam - allein im Haushalt 2011/12 um fast eine Milliarde.

Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) hat den "Aufbruch Bayern" ausgerufen - ein Programm von knapp einer Milliarde Euro für Bildung, Technologie und Familien. Was Seehofer nicht sagt: Der größte Wachstumsposten in Bayerns Haushalt sind keineswegs die Investitionen in die Zukunft - sondern die Personalkosten für 300 000 Beamte und Angestellte im Sold des Freistaats. Die Personalkosten steigen in den Jahren 2011 und 2012 um 900 Millionen Euro.

Investitionen sinken - Verwaltungskosten steigen

Im Jahr 2010 kostete die Staatsverwaltung 17,2 Milliarden Euro - 2012 werden es bereits 18,1 Milliarden sein. Das ist ein überdurchschnittlicher Anstieg von mehr als fünf Prozent. Die Investitionen des Freistaats dagegen sinken im Verhältnis. Je hundert Euro, die Bayerns Staatsregierung 2012 ausgibt, werden Personalkosten bereits 42 Euro und 20 Cent auffressen - eine höhere Quote als in jedem anderen Bundesland.

"Die Frage, wie wir mit den Personalkosten umgehen, wird uns die nächsten Jahre intensiv beschäftigen", räumt Finanzminister Georg Fahrenschon (CSU) ein. Immer teurer werden vor allem die Pensionen der Beamten im Ruhestand, die allein jedes Jahr um mehr als 100 Millionen Euro steigen.

"Es gibt aber keinen Anlass zu Horrorszenarien", versichert Fahrenschon. Die Staatsregierung habe eine ganze Reihe von Gegenmaßnahmen ergriffen. Der Finanzminister nennt die Anhebung des Pensionsalters für Beamte auf 67 Jahre im neuen Dienstrecht. Und es sollen weniger Beamte werden: Auch kontinuierlicher Stellenabbau sei "zwingend notwendig", sagt

Fahrenschon. Schon die CSU-Regierung unter Edmund Stoiber hatte ein umfassendes Programm zur Reduzierung des Staatspersonals beschlossen. "Ein Teil ist umgesetzt, der Abbau von 5000 Stellen steht noch aus", sagt CSU-Haushaltsexperte Georg Winter.

Doch niemand weiß, wie die Kostenspirale dauerhaft gestoppt werden kann. Bayerns Beamte leben keineswegs in Saus und Braus - im Gegenteil: Die Staatsregierung will 2011 und 2012 insgesamt 1,8 Milliarden Euro sparen - davon sollen die Beamten die Hälfte beisteuern.

Beamten-Nullrunde 2011

Der derzeitige schnelle Anstieg der Personalkosten ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass die Arbeitszeit der Beamten verkürzt und ein neues Dienstrecht eingeführt wird. Doch für diese Wohltaten müssen die Beamten nun faktisch selber büßen: Fahrenschon hat ihnen für 2011 eine Nullrunde, eine Kürzung der Einstiegsgehälter und allerlei andere Hässlichkeiten verordnet.

"Das ist aus unserer Sicht kein intelligentes Sparen", sagt dazu Rolf Habermann, der Chef des Bayerischen Beamtenbundes. "Die Wirtschaft hat sich so stark erholt, wie es noch im vergangenen Oktober, November niemand erwartet hätte. Diese Sparmaßnahmen müssen auf den Prüfstand." Habermanns Argument: Der bayerische Beamtenapparat erscheint nur deshalb so teuer, weil die Staatsregierung keine Schulden macht. "Wenn wir Schulden machen würden ohne Ende und die Ausgaben aufblähen, wäre im Verhältnis natürlich der Anteil der Personalkosten viel niedriger", sagt er. "Deshalb ärgert mich das Argument mit den Personalkosten wahnsinnig."

Doch die CSU/FDP-Regierung macht den Beamten keine Hoffnung, dass die Sparpläne rückgängig gemacht werden: "Wir haben ein Problem", sagt FDP-Haushaltsexperte Karsten Klein. "Obwohl wir sparen, steigen die Personalkosten. Das müssen auch diejenigen sehen, die Wohltaten verteilen wollen."

Die Opposition ärgert sich vor allem darüber, dass die Staatsregierung einen Teil des Problems einfach in die Zukunft verschiebt: Das Finanzministerium hat sowohl einen Versorgungsfonds als auch eine Versorgungsrücklage eingerichtet, die künftige Pensionslasten abfedern sollen. Doch im neuen Haushalt will die Staatsregierung bei den Einzahlungen in Rücklage und Fonds gut 250 Millionen Euro einsparen.

"Sehenden Auges gegen den Baum"

"Wenn wir so weitermachen, fahren wir eines Tages mit dem Auto an die Wand - nicht mit hoher Geschwindigkeit - aber sehenden Auges", sagt dazu Claudia Stamm, die Haushaltsexpertin der Grünen. "Die Staatsregierung weiß, dass es so langfristig nicht weitergehen kann und steuert aber nicht um."

Vorkämpferin und Beschützerin der bayerischen Beamten im Landtag ist die CSU-Abgeordnete Ingrid Heckner, Chefin des Ausschusses für den öffentlichen Dienst. "Im internationalen Vergleich haben wir nicht viele Beamte. Unsere Verwaltung ist auch nicht zu teuer, sondern eher günstig", sagt sie.

In der Tat: Nach einer Untersuchung des Münchner ifo-Instituts arbeiten in Deutschland nur 12,6 Prozent der Bürger für den Staat, in den stramm kapitalistischen USA dagegen 16 Prozent. Doch das ändert nichts daran, dass im bayerischen Staatshaushalt immer weniger Geld für Investitionen übrig bleibt, das Personal dagegen immer teurer wird. Schuld daran sind nicht die Beamten, wie der BBB-Vorsitzende Habermann sagt. "Es hat sich kein Beamter selbst eingestellt."